Geschichte des Natur- und Umweltschutzes in Stockach

Von Hartmut Rathke, Stockach

Umweltschutz als Notwendigkeit ist in den letzten 30 Jahren in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt; auch in Stockach wird er zunehmend als zentrale Aufgabe erkannt und hat im städtischen Haushalt zu Investitionen in Millionenhöhe geführt. Die Akten des Staatsarchivs Freiburg, des Kreisarchivs Konstanz, des Stadtarchivs Stockach und die Berichte des »Südkurier« geben Aufschluss darüber, wie im Zeitraum von über hundert Jahren allmählich ein Umweltbewusstsein entstanden ist und Wege zur Lösung der erkannten Probleme gesucht wurden. Über die neuesten Entwicklungen gibt der Umweltschutzbericht der Stadt Stockach von 2003 Auskunft.

Bemühungen um Hygiene vor dem Ersten Weltkrieg

1877 gibt die Stadtgemeinde Stockach in einer ortspolizeilichen Vorschrift bekannt: »Das Auspumpen oder Ausschöpfen von Jauche aus den in der Nähe der Schulsääle befindlichen Jauchegruben ist nur zu folgenden Tageszeiten gestattet: a) Mittwoch und Samstag von Mittags 12 Uhr an, b) an den übrigen Wochentagen – Sonn- und Feiertage ausgenommen – von Nachmittags 4 Uhr an.

[...] Übertretungen werden an Geld bis zu 60 Mark oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.« Sinn dieser Vorschrift ist gewiss der Schutz der Schuljugend vor ansteckenden Krankheiten. Daneben wird deutlich, dass die Schüler damals schon in der Regel nachmittags Unterricht hatten, außer mittwochs und samstags.

Handelt es sich hier um eine erste, sehr geringfügige umweltschützerische Maßnahme, die allerdings von der Androhung von beachtlichen Strafen im Übertretungsfall begleitet ist, so lässt die »Vorschrift über die Abortentleerung« vom 25. März 1913 ein generelles Bemühen um eine hygienische Entsorgung erkennen: »Die Aborte und Pfahlgruben müssen entleert werden, sobald sie zu drei Vierteln gefüllt sind. [...] Die Entleerung muß jedes Mal vollständig erfolgen, soweit der Grubeninhalt mit der Pumpe gehoben werden kann. [...] Bei Benützung der städtischen Einrichtung wird der Grubeninhalt Eigentum der Stadt und auf städtische Grundstücke verbracht. [...] Der Grubeninhalt darf nicht in Bäche, Kanäle, Flussläufe, Wässerungsgräben usw. geleitet werden; die Anbringung von Überläufen an Abortgruben ist untersagt. Die Düngung der Hausgärten darf nur bei geeigneter Witterung geschehen, und es muß der Dünger sofort gehörig eingegraben werden.«[1] Die Fäkalienabfuhr in einem

1 Staatsarchiv Freiburg (StAF), Lk KN 6598

städtischen Pumpwagen, die schon 1901 eingeführt worden war, erfolgte also jeweils nach Bedarf; eine regelmäßige Müllabfuhr – jeden Samstag Nachmittag – gab es seit 1904.

Die Errichtung der Badeanstalt im Gewann Sägwiesen 1909 – ein Geschenk des Weißmüllers Johann Brodmann – wurde als wertvolle Verbesserung der Volksgesundheit begrüßt. Im folgenden Jahr machte der Bezirksarzt allerdings auf einige gefährliche Mängel aufmerksam: »Das Badewasser ist kaum hygienisch einwandfrei, wenn man bedenkt, dass 15 Abortläufe (darunter größere) und auch das Schlachthauswasser sich in die Stockach [Stockacher Aach] eingießen. Ich beantragte daher auch Anlage eines Sandfilters im Verein mit dem schon vorhandenen Rechen. Der Gemeinderat bat jedoch, davon Abstand zu nehmen, und versprach ferner Abortüberläufe zu verbieten und zu entfernen. Unter dieser Voraussetzung sah man von der geplanten Auflage ab.«[2]

Auch der Naturschutz spielte schon eine Rolle. Jeden Winter wurde in der Zeitung an die Bevölkerung appelliert: »Gedenket der hungernden Vögel!« Ganz modern scheinende Klagen lesen wir 1911 im »Stockacher Tagblatt«: »In fieberhafter Tätigkeit ist jetzt die Vogelwelt mit Nestbau und Suchen nach Brutgelegenheit beschäftigt. Manch sonderbarer Nistplatz zeigt sogar die große Wohnungsnot und den Mangel an natürlichen Nistplätzen für die Vogelwelt an. Unsere gekünstelte Durchforstung, die Entfernung jeden hohlen Baumes, die Abholzung unserer eingewachsenen Bach- und Flussufer, die Ausrodung unserer Hecken zwischen Rainen und Äckern, an Waldrändern und ihr Abbrennen sind die Hauptursachen dieser Wohnungsnot und des Zurückgehens und Verschwindens mancher Vogelart.«[3]

Wir treffen also schon in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg ein Umweltbewusstsein an, das auch zu ernsthaftem Bemühen, die erkannten Probleme zu lösen, führt. Vieles wird jedoch auf eine spätere Zeit vertagt. Erst 1927 wird die Abwasserbeseitigung in Stockach von der Aufsichtsbehörde wieder kritisch unter die Lupe genommen, wobei man auf unhaltbare Zustände stößt: »Wie aus der anliegenden Skizze über die Abwasserbeseitigung in der Amtsstadt Stockach hervorgeht, fließt das Abwasser unterhalb der Schulgebäude teilweise noch in einem offenen Graben ab, was, abgesehen von dem wenig ästhetischen Anblick, besonders im Sommer zu schlechten Ausdünstungen und zur Schnakenplage Veranlassung gibt. Das Abwasser muß, wie dies schon bei dem übrigen Kanalnetz geschieht, auch an dieser Stelle in geschlossenen Röhren abgeleitet werden. Unmittelbar unterhalb des Zusammenflusses der Zizenhausener Aach und der Winterspürer Aach, in die sämtliche Abwässer samt Abortüberläufen ohne jegliche Klärung eingeleitet werden, befindet sich die öffentliche Badeanstalt. Es bedarf keiner weiteren Erwähnung, dass dies sowohl aus Reinlichkeits-, besonders aber auch aus gesundheitlichen Gründen ein unhaltbarer Zustand ist, dessen sofortige Beseitigung dringend geboten erscheint. Die direkte

2 StAF, Lk KN 6599

3 Stockacher Tagblatt vom 7.5.1911

Einleitung und Abführung der Abwässer samt den Abortüberläufen in die beiden Gewässer ohne vorherige mechanische und biologische Klärung ist wegen der damit verbundenen gesundheitlichen Gefahren unzulässig, umso mehr als die Aach nur fünf Kilometer unterhalb der Einleitung der Abwässer durch den Ort Nenzingen fließt, wodurch bei einer in Stockach allenfalls auftretenden Ruhr- bzw. Typhus-Epidemie der Weiterverbreitung dieser Krankheiten Tür und Tor geöffnet ist. Es muß der Stadtgemeinde Stockach zur Auflage gemacht werden, alsbald für eine vorschriftsmäßige mechanische und biologische Klärung ihrer Abwässer vor ihrer Einleitung in die Aach besorgt zu sein.«[4]

Am 4. Februar 1929 wird die Errichtung einer Zentralkläranlage als unumgänglich gefordert. Die Stadt erklärte sich daraufhin am 9. September 1929 bereit, »eine Ableitung des Inhalts der Abortgruben in die bestehenden Kanäle nach Möglichkeit zu unterbinden und für regelmäßige Grubenleerung zu sorgen.« Der angedrohten Schließung des Schwimmbads begegnete man durch eine umfassende Sanierung, die zu einer erheblichen Verbesserung der Wasserqualität und der Errichtung eines Luft- und Sonnenbads führte. Das Bezirksamt erkannte in einem Bericht vom 15. Januar 1930 die Anstrengungen der Stadt durchaus an, wenngleich nicht alle Mängel beseitigt werden konnten:

»Die Stadtgemeinde Stockach kann sich zu einem durchgreifenden Aus- und Umbau ihrer Kanalisationsanlage wegen der hohen Kosten und der Schwierigkeit der Kapitalbeschaffung bei sehr hohem Zinsfuß zur Zeit noch nicht entschließen.«[5]

Das Bezirksamt gab sich deshalb mit der Beseitigung der dringendsten Missstände zufrieden: »So ist vor allem der Badeanstalt ein sowohl nach dem Gutachten des Bezirksarztes als auch des Wasser- und Straßenbauamts Konstanz einwandfreies Wasser dadurch zugeführt worden, dass dasselbe nicht mehr der Winterspürer Aach, sondern durch eine besondere Rohrleitung dem Oberwasserkanal der Bürstenfabrik Behle entnommen wird. Der von dem Herrn Medizinalreferenten im Eingange seines Gutachtens erwähnte unterhalb der Schulgebäude vorbeiführende offene Graben ist in große Zementröhren verlegt. Die in ihn gelangenden Abwässer wurden dadurch erheblich einwandfreier, dass bei beiden Aborten der neben einander gelegenen Schulhäuser der Volks- und der Bürgerschule je eine Kläranlage erstellt ist; eine weitere Kläranlage wird bei dem Schlachthause, das gleichfalls in diesen Kanal ableitet, errichtet; das Gesuch um Erlaubnis hierzu liegt dem Amt bereits vor.«[6]

1931 erstellte die Stadt erstmals einen Bebauungsplan. Für einen Generalentwässerungsplan fehlten angesichts der Weltwirtschaftskrise dagegen die finanziellen Mittel. 1938 wurde die Generalkanalisation wieder angesprochen, doch machte auch im »Dritten Reich« die Finanzierung einen Strich durch die Rechnung.

4 StAF, Lk KN 6600
5 Ebenda
6 Ebenda

Das Ringen um die Zentralkläranlage

Schon bald nach dem Krieg machte der »Südkurier« am 17. Dezember 1949 eine Hoffnung erweckende Ankündigung: »Die Stadt Stockach hat zunächst auf Betreiben des Wasserwirtschaftsamtes Konstanz einen Plan für die Gesamtkanalisation mit zentraler Kläranlage beim Ingenieurbüro Schröder in Konstanz ausarbeiten lassen und wird diesen in einzelnen Teilabschnitten zur Ausführung bringen.« Am 28. Juli 1951 berichtete der »Südkurier«: »In der letzten öffentlichen Stadtratssitzung tauchte erstmals das Problem ›Erstellung einer Zentralkläranlage‹ auf. ›Dieses Problem kommt auf uns zu wie eine Lawine‹, meinte Bürgermeister Dr. Deufel eingangs. Die Zustände auf dem Gebiet der Abwässerklärung bedürften mit der Entwicklung der Stadt unbedingt einer Abhilfe. [...] Die Anlage müsste an der tiefsten Stelle der Stadt angelegt werden, sieht eine mechanische und biologische Reinigung der Abwässer und Fäkalien vor und würde etwa 120 000 DM kosten.« Weitere Kosten würden für die Überholung des städtischen Kanalisationsnetzes anfallen.

Keineswegs »erstmals«, wie der »Südkurier« hier meinte, aber auch nicht zum letzten Mal kam das Thema auf die Tagesordnung; vielmehr meldete die Zeitung im folgenden Jahr wenigstens die Fertigstellung der Pläne für die Zentralkläranlage. »Wir haben hierauf beim Wasserwirtschaftsamt Konstanz angefragt, ob und in welcher Höhe der Stadt Stockach für diese Zwecke eine Beihilfe gewährt werden kann.«[7] Dass in Stockach vieles im Argen lag und man sich dessen zunehmend bewusst wurde, geht aus einem Bericht des »Südkurier« vom 31. Mai 1952 hervor: »Kritisiert wurde der Zustand des oberen Hägerwegs, der als Zugang zum Stadtgarten viel begangen wird. Im Wege einer Zwangsauflage werde man zu verhindern suchen, dass dort weiterhin die Jauche im offenen Graben am Stadtgarten entlang läuft.«

Die Zentralkläranlage tauchte 1952 und 1953 nicht weniger als neun Mal in den Berichten und Schlagzeilen auf, so am 7. August 1952, nun aber schon als »Millionenprojekt«, nachdem Ingenieur Hermann Lerner dem Gemeinderat über seine Pläne berichtet hatte.[8] Am 20. September 1952 konnte man auch einen genauen Standort angeben: »An der Straßengabelung Richtung Wahlwies bzw. Nenzingen in Risstorf wird eine mechanische Kläranlage gebaut.« Dass überall im Einzugsgebiet des Bodensees Kläranlagen gebaut werden müssen, drang in das Bewusstsein der Allgemeinheit, als der »Südkurier« am 2. Oktober 1952 vor der Gefahr des Umkippens besonders von Überlinger See und Untersee warnte.

1953 wollte man in Stockach Ernst machen mit der Zentralkläranlage, wie Bürgermeister Dr. Deufel am 31. Dezember 1952 versicherte. Am 6. März 1953 wurde denn auch angekündigt, für den ersten Bauabschnitt von Kanalisation und Kläranlage seien 450 000 DM eingeplant. In Stockach brannte zunächst das Problem mit der Kanalisation auf den Nägeln. Nicht nur im Hägerweg, sondern auch in der Winterspürer Straße und der Dillstraße flossen Industrie- und Abortabwässer im offenen

7 Schreiben vom 11.10.1951; Kreisarchiv Konstanz (KA KN), Spezialia Stockach VI,3,19

8 Stadtarchiv (StA) Stockach, Ratsprotokolle (RP) 6.8.1952

Graben in Richtung Stockacher Aach. Die Folge davon war nicht nur, dass im Bach kein Fischleben mehr möglich war, sondern auch eine Gefährdung des städtischen Trinkwasserbrunnens im Dill, wohin der städtische Fäkalienwagen seinen Inhalt entleerte.[9] Das Gesundheitsamt Stockach forderte den »Einsatz von Staatsmitteln« nicht nur im Hinblick auf die »unhygienischen Zustände in Stockach«, sondern auch »im Zusammenhang mit der Wasserversorgung im Großraum Stuttgart aus dem Bodensee«[10]. Auch das Regierungspräsidium Südbaden erkannte den Bau einer Kläranlage als vordringliches Problem.[11]

»Eine Flut von Schmutz fließt in den Bodensee«, lautete eine Überschrift im »Südkurier« vom 26.1.1954. »Für die Kläranlagen der badischen Uferstädte sind 28 Millionen DM erforderlich«, zitierte die Zeitung aus einer Denkschrift des Südwestdeutschen Wasserwirtschaftsverbandes. Der Bodensee sei in der ersten Entwicklungsphase zu einem eutrophen See. Singen besitze zwar eine mechanische Kläranlage, die mit einem Aufwand von 600 000 DM gebaut wurde, benötige aber nun ein biologisches Klärwerk. Die Stadt Konstanz müsse mit 16 Millionen DM Gesamtkosten rechnen. – Das Problem wurde also als dringend erkannt, die Realisierung scheiterte jedoch überall an den immensen Kosten, die keine Stadt alleine aufbringen konnte.

»Die Kanalisation ist ein großes Sorgenkind der Stadt. Vor zwei Jahren hat sich der Stadtrat verpflichtet, nach Erstellung des Wasser-Hochbehälters einen Teilabschnitt der Kanalisation durchzuführen. Es geht dabei um den Anschluß der Abwässer von der Oberen Walke, da dort keine Kläranlagen eingebaut sind. Kostenvoranschlag 75 000 Mark. Die Gesamtkosten für die Abwässerbeseitigung einschließlich Bau einer biologischen und chemischen Kläranlage wurden auf 1,2 Millionen Mark veranschlagt.«[12] Inzwischen rechnete man für die Reinhaltung des Bodensees schon mit Gesamtkosten von 100 Millionen DM,[13] und 1958 sagte Bürgermeister Dr. Deufel in einem Südwestfunkinterview, »die Stadt habe seit 1951 einen fertigen Plan für die Abwässerbeseitigung und den Bau einer Zentralkläranlage, könne aber wegen der enormen Kosten (Voranschlag etwa 2 Millionen DM) nicht an die Verwirklichung denken.«[14]

Immerhin wurde in diesem Jahr eine Abwassersatzung beschlossen, die es ermöglichte, die anfallenden Kosten auf die Bürger umzulegen, und der Bürgerausschuss gab »grünes Licht für den Bau der Gesamtkanalisation in vier Bauabschnitten für 1,2 Millionen DM«.[15] Am 18. Dezember 1959 wies Dr. Deufel im Stadtrat auf die Möglichkeit hin, »bezüglich der Kläranlage ebenfalls mit den Nachbargemeinden zusammenzugehen und einen Zweckverband zu gründen«. Damit war das zukunft-

9 Südkurier vom 5., 10. und 17.12.1953
10 Südkurier vom 11.12.1953
11 KA KN, Spezialia Stockach VI,3,19
12 Südkurier vom 18.1.1957
13 Südkurier vom 1.7.1957
14 Südkurier vom 10.4.1958
15 Südkurier vom 20.9.1958

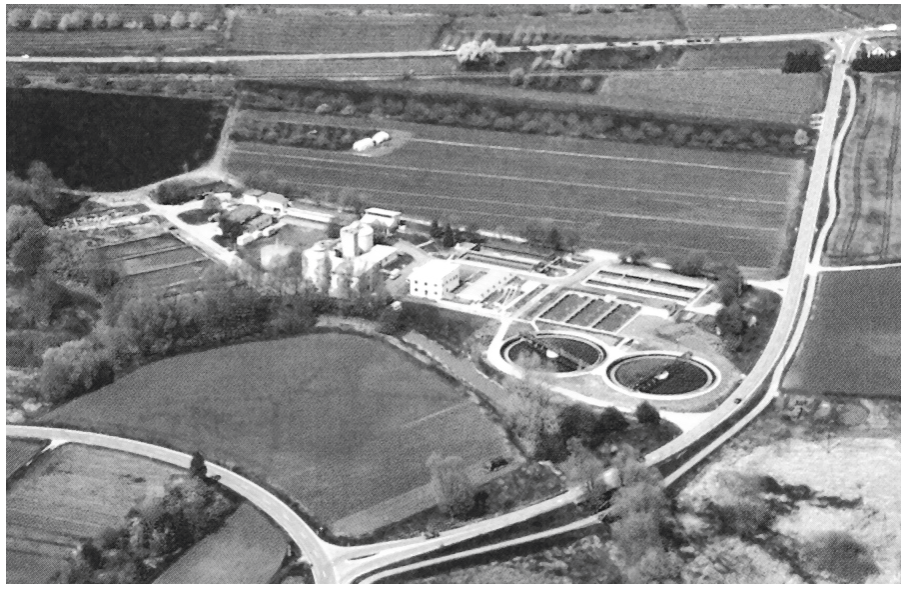
weisende Stichwort gefallen, noch war es allerdings nicht so weit. Am 15. Juni 1960 las man im »Südkurier«: »Auch die Stockacher Aach ist stark verschmutzt«. Der Bodensee als Trinkwasserspeicher sei in Gefahr. In Eigeltingen hatte man inzwischen gehandelt und eine Kläranlage geschaffen, die als beispielhaft für den Kreis Stockach und das Bodenseegebiet angesehen wurde.[16] Ein weiteres Jahr verging, bis der Stockacher Gemeinderat sein Einverständnis zu dem Bau einer Gruppenkläranlage zusammen mit Hindelwangen und Zizenhausen erklärte und damit einer Anregung des Wasserwirtschaftsamts Konstanz folgte.[17] Der Baubeginn war für 1963 vorgesehen.[18] Im November 1962 begaben sich Gemeinderäte der drei Gemeinden auf Besichtigungsfahrt, um sich Kläranlagen in Pfullendorf und Tuttlingen anzusehen.

Am 1. Februar 1963 wurde der »Abwasserverband Stockacher Aach« aus der Taufe gehoben, dessen Vorsitz Dr. Deufel übernahm. Im Mai zog man den Bau der Anlage in der »Kniebreche« in Erwägung, doch im Oktober erlebte man eine unangenehme Überraschung: »Geradezu deprimierend war bei Eröffnung der Verbandsversammlung des Abwasserverbandes Stockacher Aach die Mitteilung, dass der seit langem festgelegte Standort der Stockacher Kläranlage unterhalb der Badeanstalt nicht sehr glücklich gewählt ist, weil von diesem Standort die Abwässer aus der unteren Radolfzeller Straße nicht erfasst werden. Dem Laien ist es einfach unverständlich, dass Fachleute erst heute dahinterkommen, dass das Wasser nicht bergauf läuft und dass der Wohnbezirk um die Metallwarenfabrik tiefer liegt als die Badeanstalt. Das Abwasser aus diesem Gebiet muß also entweder zur Kläranlage gepumpt werden oder aber die Kläranlage muß einen Standort erhalten, der tiefer liegt als die Häuser an der Radolfzeller Straße, also im Tal zwischen Stockach und Nenzingen.«[19]

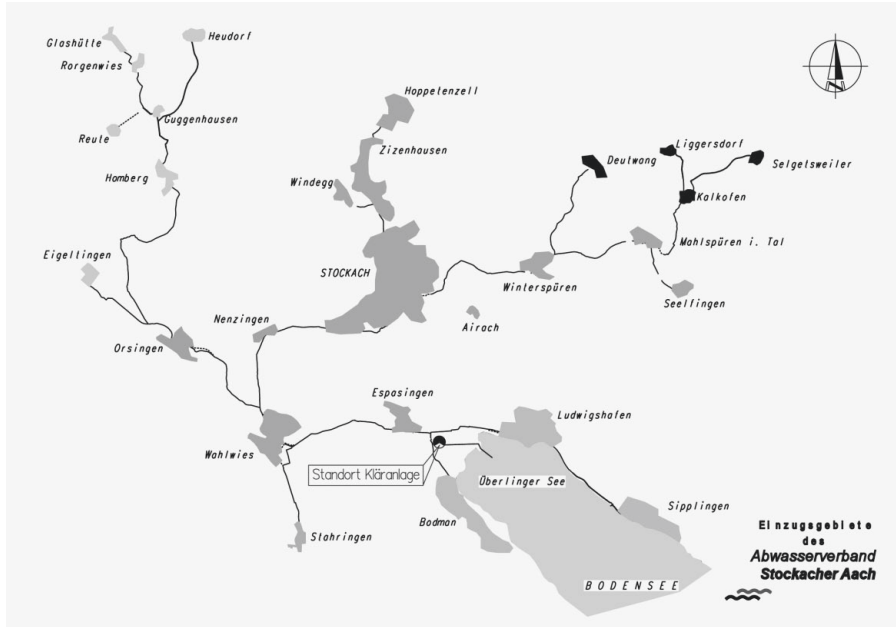
Am 31. Dezember 1963 klagte der »Südkurier«: »Vielmehr sind es die unvorhergesehenen, dringenden Aufgaben, die immer wieder als zusätzliche Belastung auf die Stadt zukommen und dann die ganzen schönen Pläne über den Haufen werfen.« Vorrangig seien jetzt die Sicherstellung der Wasserversorgung, die Abwässerbeseitigung und die Schaffung von neuem Wohn-, Arbeits- und Lebensraum für die Bewohner der Stadt.

Im Januar 1964 wünschte das Regierungspräsidium den Bau einer Großkläranlage mit Einbeziehung von Nenzingen, Orsingen, Wahlwies, aber auch der seenahen Gemeinden Espasingen, Bodman, Ludwigshafen und Sipplingen. Als höhere Zuschüsse für die Großkläranlage in Aussicht gestellt wurden, gab es endlich am 9. April 1964 »grünes Licht für den Abwasserverband Stockacher Aach«, dem zunächst neun Gemeinden angeschlossen waren. Die Kosten wurden auf 6,3 Millionen DM veranschlagt. Die Kläranlage könne in zwei Jahren in Betrieb gehen, wurde optimistisch geschätzt. Im Oktober 1964 hatte man auch den endgültigen Standort gefunden: Auf Gemarkung Bodman sollte die Großkläranlage errichtet werden. Baubeginn sollte möglichst 1965 sein.[20]

16 Südkurier vom 5.6.1961
17 Südkurier vom 13.4.1962
18 Südkurier vom 6.9.1962
19 Südkurier vom 4.10.1963
20 Südkurier vom 29.10. und 19.11.1964



Die Zentralkläranlagen des »Abwasserverbands Stockacher Aach« zwischen Bodman und Espasingen im Bau (oben) und im Luftbild (unten) (Fotos: Stadt Stockach / Luftbild: Geistmann, Singen)



Karte des Einzugsgebietes der Stockacher Kläranlage

Im Oktober 1965 schlossen sich auch Hoppetenzell, Sipplingen und Stahringen dem Abwasserverband an. Gebaut wurden nun zunächst die Abwassersammler Zizenhausen–Stockach und Stockach–Wahlwies. Schneller war man in Radolfzell, wo am 8. Juli 1966 die erste dreistufige Kläranlage im Bodenseegebiet – nach 10 Jahren Bauzeit – in Betrieb genommen wurde. Am 24. Oktober 1966 verkündete man in Stockach: »Abwasserprojekt Stockacher Aach soll 1969 betriebsbereit sein.« Angesichts der Entfernungen zwischen den 12 Gemeinden müssten 30,7 Kilometer Kanalrohre verlegt werden, von denen bisher 12 Kilometer fertiggestellt seien. Dafür seien schon 2,4 Millionen DM ausgegeben worden. Der Baubeginn der Kläranlage wurde nun für 1967 angesetzt. Auch die Kosten explodierten: Hatte man 1964 mit 6,3 Millionen DM gerechnet, so veranschlagte man 1967 schon 13,3 Millionen DM Gesamtkosten. Im August 1968 endlich fiel der Startschuss für den Bau der Kläranlage, jetzt wurden die Aufträge vergeben, man rechnete nun mit drei Jahren Bauzeit.

Man mag den Kopf schütteln, dass eine für notwendig erachtete Maßnahme immer wieder aufgeschoben wurde und fast 20 Jahre bis zu ihrer Realisierung benötigte. Möglich wurde der Bau nun, weil das Land etwa 50 % der Baukosten übernahm. Andererseits wird man zugestehen müssen, dass sich das Warten gelohnt hat, denn eine Kläranlage in Risstorf wäre gewiss nicht so effektiv geworden wie die – nun für die ganze Verwaltungsgemeinschaft – bei Espasingen 1970/71 in Betrieb genommene Zentralkläranlage.

Mangelndes Umweltbewusstsein

Wenn man den »Südkurier« der 1950er und 1960er Jahre liest, kann man zwar gelegentlich auf Äußerungen treffen, die eine wachsende Sensibilität in Sachen Natur und Umwelt zu erkennen geben, doch sehr häufig wird noch gegen die Natur gesündigt und zwar ohne jegliches schlechtes Gewissen. Am 23. Juni 1951 berichtet der Kreisobstbauinspektor von den Fortschritten des Obstbaus im Kreis Stockach: Im letzten Jahr seien 20 000 alte Bäume gefällt worden. Außerdem habe der Obstbau einen Riesenverbrauch an Spritzmitteln: »Der Gesamtverbrauch an Spritzbrühe wird in einzelnen Gemeinden auf 400 000 bis 800 000 Liter geschätzt.«

Problembewusstsein auf anderem Gebiet lässt folgende Meldung vom 3. September 1955 erkennen: Im Stadtrat sei »die Rauch- und Rußbelästigung durch hiesige Fabriken am Rande berührt« worden. Aber natürlich war es noch viel zu früh, um im Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie Maßnahmen zu Gunsten der Umwelt zu verlangen. Am 15. September 1960 kündigte Direktor Karl Kessler immerhin eine Verbesserung der Luftverhältnisse in der Gießerei an, leider dauerte es nochmals acht Jahre, bis die Maschinenfabrik Fahr eine »leistungsfähige Entstaubungsanlage in Betrieb« nahm, deren Reinigungskapazität 90 % betragen sollte: »Saubere Luft in Stockach auch in der Umgebung der Gießerei« kündigte der »Südkurier« am 9. August 1968 an, ein Versprechen, das – wie man weiß – die Gießerei nie voll erfüllt hat.

Eine weitere »Erfolgsbilanz« präsentierte der »Südkurier« am 6. September 1957: »In sieben Jahren 183 Hektar Ödland weniger« und gab folgende Begründung: »Während noch vor einigen Jahrzehnten ganz beachtliche Flächen Land auch in Deutschland vom Menschen ungenutzt blieben, hat die Entwicklung auf allen Gebieten unseres Lebens gerade im letzten Jahrzehnt die Nachfrage nach Grund und Boden stark erhöht.« Nur 1,7 % der Gesamtwirtschaftsfläche im Kreis Stockach sei noch Ödland. Zwar wurde so die Nahrungsmittelproduktion gesteigert, doch die Folgen für die Natur waren verheerend: Trockenwiesen, Ackerraine, Hecken, Feuchtwiesen und Moore – alles hatte zu verschwinden, um die Effektivität der Landwirtschaft zu erhöhen. Dieser Haltung entsprach auch die Entwässerung des Mindersdorfer Rieds 1963/64, wobei man es den Fachleuten überlassen muss, hier eine Gewinn- und Verlustrechnung aufzumachen.

1962 wurde eine neue Naturschutzverordnung erlassen, die das Abbrennen von Hecken verbot. Landratsamt und Medien führten seither einen – oft vergeblichen – Kampf gegen eingefleischte Verhaltensweisen: »Abbrennen von Grasflächen und Roden von Hecken sind verboten! Schaden in der Vogel- und Kleintierwelt! Es wird lustig weiter abgeholzt und abgebrannt«, klagte der »Südkurier« am 9. April 1964. Statt Naturschutz Einsatz von Technik gegen die Natur, kennzeichnete oft genug das Denken und Tun der Menschen: »Vorsicht mit Pflanzenschutzmitteln. Die Gewässer dürfen nicht vergiftet werden«, mahnte der »Südkurier« schon am 9. März 1957. Mit dem Hubschrauber »gegen den Maikäfer – Großangelegte Bekämpfungsaktion im südlichen Kreisgebiet«, meldete die Zeitung am 13. April 1960.

Sechs Jahre später erfolgte eine ähnliche Aktion, doch nun fragte der »Südkurier«: »Gift aus dem Hubschrauber – und die Folgen?«[21] Dann wurde die Öffentlichkeit aber von Fachleuten beruhigt, dass nur 125 Liter Thiodan auf fünf Hektar Wald verspritzt worden seien, wobei keine Gefahr für die Bienen bestanden habe. Ein Umdenkungsprozess wird deutlich, wenn das Forstamt am 6. Dezember 1969 als Richtschnur verkündet: »Der Wald soll von chemischen Mitteln verschont bleiben.«

Seit Jahren sind Müll und Müllbeseitigung mit die häufigsten Themen im Umweltschutz. Wie stand es damit in den 1950er und 1960er Jahren? Im April 1958 wurde die »staubfreie Müllabfuhr« durch eine Privatfirma mit genormten Müllbehältern eingeführt.[22] Obwohl es in Stockach selbst eine Müllkippe gab, gab es schon damals gelegentlich Zeitgenossen, die ihren Müll in der freien Natur entsorgten. So fiel dem »Südkurier« am 31. August 1963 ein wilder Müllabladeplatz am Bodenseeufer in Bodman in der Nähe des alten Campingplatzes besonders unliebsam auf, und das Stockacher Forstamt mahnte am 9. April 1965: »Der Wald darf nicht zum Müllplatz werden. Üble Sitten nehmen immer mehr zu – Aufruf zu freiwilliger Entrümpelungsaktion. Jede Gemeinde hat einen allen Einwohnern bekannten, offiziellen Müll- und Schuttabladeplatz. Warum wird der Unrat nicht dorthin gebracht? Ist es Unüberlegtheit, Bequemlichkeit oder gar Böswilligkeit?«

Die hier angesprochenen Probleme sind uns leider auch heute nicht fremd. Man erkennt aber auch, welche Fortschritte in der Müllentsorgung gemacht worden sind. 1966 fiel ein überfüllter Autofriedhof an der Winterspürer Straße unangenehm auf: »Wohin mit dem ausgedienten Fahrzeug?« fragte der »Südkurier« am 14. September 1966: »Schrottreife Autos sind ein Problem für Autobesitzer und Händler«. Im Dezember 1967 wurde die erste »Seeputzete« in Ludwigshafen und Bodman ein Erfolg.[23] Im November 1976 fand in den Wäldern rund um Stockach eine große, vom Staatlichen Forstamt organisierte »Waldputzete« statt, an der sich zahlreiche Schulkinder und Stockacher Vereine beteiligten.

In dieser Zeit wurden aber auch Ursachen für heutige Entsorgungsprobleme geschaffen, beginnt doch 1963 der Siegeszug der Einwegpackung. Dazu lesen wir am 21. März 1963 im »Südkurier«: »Milch in der Tüte fand Anklang auch in Stockach. Vor acht Tagen hat das Milchwerk Radolfzell im Bereich der Milchzentrale Radolfzell die ›verlorene Packung‹ eingeführt. Mit anderen Worten: Milch, die bisher in Flaschen abgefüllt wurde, wird jetzt in Tüten gefüllt und so dem Verbraucher in den Geschäften angeboten.« Diese Tütenmilch war damals allerdings noch zwei Pfennig teurer. 1963 gab es bereits in tausend deutschen Milchbetrieben Frischmilch in Tüten. Einige Jahre zuvor hatte man auf Flaschenmilch umgestellt, der Verkauf offener Milch war jetzt nur noch in Milchspezialgeschäften möglich. Die Einführung der Tütenmilch wurde natürlich unter dem Aspekt der Bequemlichkeit gesehen und deshalb von Milchwerk und Verbrauchern als positiv empfunden. An die Entsorgung der Verpackung dachte man damals nicht.

21 Südkurier vom 6.5.1966
22 StA Stockach, RP 29.1.1958
23 Südkurier vom 6.12.67

Naturschutz

1961 wurden die 80 Jahre alten Kastanien am Stadtwall gefällt, weil sie begannen, morsch zu werden, wobei die Naturschutzbehörde noch einige Bäume retten konnte.[24] 1963 fielen die letzten Bäume an der B 313 zwischen Stockach und Hindelwangen, die einmal eine Allee gebildet hatten, dem Straßenbau zum Opfer. 1965 musste auch eine mächtige Kastanie weichen, weil die Kreuzung der Bundesstraßen in Hindelwangen ausgebaut wurde. 1966 wurde sogar eine 210 Jahre alte Eiche bei Nenzingen gefällt. Ein weiterer Baumveteran, eine 160 Jahre alte Weißtanne, verschwand bei der »Blauen Tafel« im Espasinger Wald, weil sie altersschwach war. Ein Opfer des Verkehrs wurde die Linde auf der Verkehrsinsel beim Gasthaus »Linde« in Stockach, auch sie fiel, weil die Kreuzung ausgebaut wurde. Auch die Linde an der Stabelstraße sollte 1969 dem Verkehr weichen, sie wurde dann aber doch von der Unteren Naturschutzbehörde gerettet und blieb noch 20 Jahre erhalten, bevor sie für altersschwach erklärt und gefällt wurde.

Als 1969 der mächtige Birnbaum gegenüber dem Schlachthof – auf dem heutigen La Roche-Platz – gefällt werden musste, weil er die Verkehrssicherheit bedrohte, beklagte der »Südkurier« den Verlust eines Naturdenkmals und fuhr fort: »Gewiss denken viele Stockacher mit Wehmut an die schönen, alten Allee- und Einzelbäume, die während der letzten Jahrzehnte den baulichen Erfordernissen und der Verkehrssicherheit zum Opfer gefallen sind. Die grünen Wächter bei der evangelischen Kirche und in der Schillerstraße sind nur noch den älteren Stockachern in Erinnerung, während die herrlichen Kastanien am Stadtwall und am Pfeifferschen Kohlenplatz, wie auch die riesigen Platanen vor dem Spitzgarten und die hohen Pappeln am Aachbach hinter der Sparkasse, zusammen mit manchen weniger auffallenden Bäumen erst in den letzten Jahren aus dem Stadtgebiet verschwunden sind. Mancher modern und nüchtern denkende Mensch fragt sich vielleicht, ob ein fast nutzloser Baum solches Interesse verdient. Erfreulicherweise denken aber sehr viel mehr Menschen auch heute noch anders, und sie empfinden einen Baum oder eine Baumgruppe als eine Oase der Ruhe inmitten des nüchternen, kahlen Häusermeeres. Ein Baum ist wirklich etwas Lebendiges, Belebendes mit seinem zarten Grün im Frühling, dem schützenden Blätterdach gegen Sonne oder Regen im Sommer und der überschwänglichen Farbenpracht des Herbstes. [...] Ganz ist der Verlust eines so prächtigen, ehrwürdigen Baumes, der so dicht bei uns war, nicht zu verschmerzen.«[25]

Der Naturschutzgedanke ist zwar schon alt, der »Bund für Vogelschutz« (heute NABU) wurde bereits vor über hundert Jahren gegründet und das Wollmatinger Ried schon in den 1930er Jahren unter Schutz gestellt. Dennoch hatte es der Naturschutz nie leicht, und auch die staatlich anerkannten Anwälte der Natur hatten oft Grund zur Klage. So gab es seit 1955 eine Kreisstelle für Naturschutz und Landschaftspflege im Kreis Konstanz, mit deren Leitung Nikolaus Freiherr von Bodman beauftragt war.

24 StA Stockach, RP 22.2.1961
25 Südkurier vom 7.2.1969

In seinem 10-Jahres-Bericht konnte er zahlreiche neue Schutzgebiete am Bodenseeufer als Erfolg verbuchen, sprach aber auch von »zehn Jahren Kampf gegen den Ausverkauf der Landschaft. – Es sähe schlimm aus, wenn nicht der Naturschutz in diesen Jahren mit den erforderlichen Schutzmaßnahmen nachdrücklich durchgegriffen hätte. Ein hemmungsloser Wohlstandsmaterialismus hat auch die Bodenseelandschaft erfasst. Mit ihm muß sich der Naturschutz tagtäglich auseinandersetzen.«[26]

Kurz vorher hatte der Stockacher Kreisbeauftragte geklagt: »Der Dienst am Naturschutz dient zwar einem hohen Zweck, bietet jedoch ein undankbares Betätigungsfeld.« [27] Im alten Kreis Stockach gab es damals lediglich vier Landschaftsschutzgebiete: Donautal, Krebsbachtal, Bodenseeufer und Schlossberg Friedingen.[28]

In den 1980er Jahren

Natur- und Umweltschutz bekamen in den 1980er Jahren zunehmendes Gewicht, nicht zuletzt weil den etablierten Parteien mit der Partei »Die Grünen« eine Konkurrenz erwuchs, auf die sie reagieren mussten. In Stockach wurde am 24. März 1980 eine Gründungsversammlung der »Grünen« abgehalten, nachdem sie bei der Landtagswahl kurz zuvor – am 16. März – auf Kreisebene bereits die FDP überholt und auch in Stockach mit 5,4 % mehr als einen Achtungserfolg errungen hatten. In Stockach traten die »Grünen« jedoch lange Zeit nicht in Erscheinung, vielmehr waren es einzelne Naturschützer, die die Sache des Natur- und Umweltschutzes voranzutreiben suchten.

1980 wurden Klagen über die Metallwarenfabrik laut. Dadurch wurden die Behörden genötigt, der Frage nachzugehen, ob die »Salzdämpfe« der Fabrik die Umwelt schädigen würden. »Verdorrte Blätter und schwarze Kirschen« wiesen auf »giftige Abgase« hin. Die Untersuchung verlief zwar negativ, dennoch drangen die Behörden auf eine neue Filteranlage: »Die bisher vorhandenen Luftreinigungsanlagen entsprechen keineswegs den gesetzlichen Bestimmungen.«[29] Bereits 14 Tage später versprach die Firma eine neue Filteranlage.[30] Drei Millionen DM sollten für die Rauchgas-Waschanlage investiert werden.[31] Im Dezember 1983 erklärte der Geschäftsführer der Firma, Diplom-Kaufmann Wulf Glatt, dass ab Ende des Monats nur noch Wasserdampf aus dem Schornstein der Metallwarenfabrik kommen werde. Hierfür und für eine Salzrückgewinnungsanlage habe die Firma 13 Millionen DM investiert. Dadurch konnte die Einleitung von täglich 15 Tonnen Salzschlacke in den Bodensee vermieden werden. Dies sei »national und international die einzige funktionsfähige Anlage dieser Art«. 1985 wurden die Rauchgaswaschanlage und die Salzrückgewinnungsanlage als »Referenzanlagen für ganz Europa« gelobt. – Harte Auflagen musste

26 Südkurier vom 28.12.1965
27 Südkurier vom 10.4.1965
28 Südkurier vom 8.3.1963
29 Südkurier vom 26.8. und 29.8.1980
30 Südkurier vom 13.9.1980
31 Südkurier vom 4.2.1981

Die Metallwarenfabrik Stockach, mitverantwortlich für Luftverschmutzung in der Stadt (Fotos: Stadt Stockach / Luftbild: Geistmann, Singen)

sich auch die Firma Dreher gefallen lassen, deren Mosterei-Abwässer »Gift für die Kläranlage« seien.[32]

Unter der Überschrift »Motorsäge kontra klingende Äxte – Die Revolution macht vor dem Wald nicht halt« wies der »Südkurier« auf die zunehmende Technisierung in der Forstwirtschaft hin. Überdies beschädigten schwere Holzschlepper zunehmend den Waldboden.[33] Forstamtsdirektor Helmut Zimmermann alarmierte 1983 mit der Mitteilung, dass seit Anfang des Jahres fast ein Drittel der Bäume im Stockacher Stadtwald »kränkelt«; er führte dies auf Borkenkäfer und den »sauren Regen« zurück. Dagegen habe es im Winter 1982/83 noch keinerlei Anzeichen für ein Waldsterben gegeben.[34] 1985 waren vom Waldsterben nicht allein die Nadelbäume, sondern

32 Südkurier vom 18.12.1980
33 Südkurier vom 11.11.1983
34 Südkurier vom 26.11.1983

unter den Laubbäumen besonders die Buchen betroffen. Da als Ursache des »sauren Regens« nicht nur die Industrieabgase, sondern bald auch der Straßenverkehr ausgemacht wurden, forderte Zimmermann die Einführung abgasarmer Autos. Er wünschte sich zudem ein größeres Umweltbewusstsein bei den Bürgern.[35] Deshalb bedeutete die Eröffnung der ersten bleifreien Tankstelle in Stockach – Kaiser und Eisele – einen ersten Schritt in diese Richtung.[36] Es dauerte allerdings noch drei Jahre, bis »bleifreies Benzin auf dem Vormarsch« war. [37]

Adolf Moßbrugger, der Naturschutzwart des Stockacher Schwarzwaldvereins, fragte 1979 in einem Leserbrief: »Muß soviel Salz auf Straßen und Gehwege gestreut werden? Ein paar Handvoll Splitt auf dem Gehweg gäben auch Tritt- und Gehsicherheit, wären dauerhafter und für die Vierbeiner sicherlich angenehmer als das beißende Salzwasser an den Pfoten.«[38] Täglich wurden im Januar 1976 zehn Tonnen Salz auf Stockachs Straßen gestreut. Die Straßenmeisterei verbrauchte in einem Winter 1200 Tonnen Streusalz.[39] Zur Schonung der Natur beschloss man 1984, im Winter bei Straßenglätte umweltfreundlichen Granulatsand zu verwenden: »Salz wird nur noch im Notfall gestreut.« [40] Ab 1990 durfte auf Stockachs Gehwegen nur noch Splitt und Sand gestreut werden. Splitt wurde unentgeltlich auf dem Bauhof abgegeben. Damit hatten sich die »salzlosen Zeiten« durchgesetzt.[41]

Einen Bewusstseinswandel erforderte auch die Abkehr von der »Wegwerfgesellschaft«. Hier erwarb sich die Skizunft große Verdienste, indem sie schon 1974 mit Altglassammlungen begann und innerhalb von 10 Jahren 1000 Tonnen Altglas sammelte. Bei Altmaterialsammlungen – besonders Altpapier – taten sich auch die St. Oswald-Pfarrei bzw. die Kolpingfamilie und der VfR Stockach hervor.

Der BUND als Vorreiter für Umweltbelange

Innerhalb der evangelischen Kirchengemeinde Stockach entstand 1984 der Arbeitskreis Ökologie, der die Wege zur Gründung einer BUND-Ortsgruppe im März 1985 ebnete. Der »Bund für Umwelt und Naturschutz« wurde zur treibenden Kraft in Stockach auf allen Feldern des Natur- und Umweltschutzes. Zunächst ist hier die Schaffung von Naturschutzgebieten zu nennen, für die sich der Realschullehrer Hanns Werner stark einsetzte. 1980 wurde in Bodman-Ludwigshafen das Gebiet Bodenseeufer/Aachmündung unter Schutz gestellt, 1981 folgte in Wahlwies das Schanderied, 1984 in Raithaslach das flächenhafte Naturdenkmal Toteisloch-Dobel[42] und 1987 in Hindelwangen das flächenhafte Naturdenkmal Langwiese. Die Pflege dieser Flächen liegt seither im Auftrag des Landkreises bei BUND bzw. NABU, d. h.

35 Südkurier vom 3.11.1984
36 Südkurier vom 18.12.1984
37 Südkurier vom 25.8.1987
38 Südkurier vom 3.1.1979
39 Südkurier vom 29.1.1976 und 11.1.1977
40 Südkurier vom 22.11.1984
41 Südkurier vom 1.12.1989
42 StA Stockach, RP 22.2.1984 und RP 18.2.1987

bei einem Team von Naturschützern und Realschülern unter Leitung von Hanns Werner. Im April 1983 hatte der Gemeinderat noch die Ausweisung von drei Landschaftsschutzgebieten im Raum Stockach abgelehnt, weil die Flächen viel zu groß seien und möglicherweise die Entwicklung der Stadt behindern könnten.

1985 regte der BUND die Anlage von Gartenteichen und von Naturgärten an, 1986 wurde das traditionelle Froschschenkelessen am Aschermittwoch von Umwelt- und Naturschützern angegriffen. Die Kampagne hatte Erfolg: Ende 1986 verschwanden die Froschschenkel von den Speisekarten der Restaurants. Dem Schutz der Kröten und Frösche bei ihrer Wanderung zu den Laichgewässern diente die Anlage von Krötenzäunen, z. B. zwischen 1990 und 2000 in Espasingen. An der Straße zwischen Wahlwies und Orsingen hatte sich schon seit 1979 die Biologie-AG des Stockacher Gymnasiums unter Leitung von Franz Merklinger der Amphibien angenommen und sogar den Bau eines Krötentunnels durchgesetzt. Seit einigen Jahren werden Krötenzäune zwischen Wahlwies und Stahringen und an der B 34 in der Nähe des Schanderieds mit großem Erfolg angelegt und betreut.

1986 wurde der Umweltschutz infolge der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl mit ihren Auswirkungen bis zu uns zum beherrschenden Thema. 1987 wurde für phosphatfreie Waschmittel geworben, um die Phosphatbelastung der Gewässer zu reduzieren. Tatsächlich gab es gerade vom Bodensee erfreuliche Nachrichten zu melden: »Das Wasser des Sees wird immer sauberer.« Während die höchste Phosphatbelastung 1979 mit 87 Milligramm (mg) erreicht wurde, war sie 1987 auf 55 mg und 1988 auf 49 mg je Kubikmeter Wasser gesunken und hatte damit die Phosphatwerte von Anfang der 1970er Jahre erreicht. Als Wunschziel für 1995 wurden 30 mg angegeben.[43] Dieser Wert wurde 1998 mit 13 mg sogar noch stark unterboten, aktuell liegt er bei 9 mg und damit auf dem Niveau der frühen 1950er Jahre. »So ist es auch zu erklären, dass die lange Zeit vom Aussterben bedrohte Spezies Bodensee-Seeforelle sich im Bodensee wieder gut erholt hat und auch wieder ans See-Ende zurückgekehrt ist.« Auch der Bestand an Saiblingen hat eine »Renaissance« erlebt. Allerdings haben Wissenschaftler in den letzten Jahren ein neues Problem erkannt: »Arzneimittelrückstände im Abwasser, die als Hormone wirken und so für die im Wasser lebenden Organismen eine durchaus ernst zu nehmende Gefahr darstellen können.«[44]

1987 wurde als Beitrag zum Energiesparen der Bau von Radwegen und der Kauf von Energiesparlampen propagiert. Auch die Behörden wurden aktiv: Das Landratsamt legte einen Umweltbericht vor, das Wasserwirtschaftsamt forderte den Bau von Regenüberlaufbecken zur Entlastung der Kläranlagen.[45] Der BUND setzte sich auch für den Schutz der Streuobstwiesen und das Pflanzen von Obstbäumen ein. Dem weltweiten Naturschutz wie auch der Unterstützung der heimischen Forstwirtschaft diente die Absage an die Verwendung von Tropenhölzern. Einen erfreulichen Denkprozess belegte die Meldung, dass die Stadtverwaltung Stockach seit 1987 auf

43 Südkurier vom 18.7.1987, 9.8.1988 und 22.5.1998
44 Südkurier vom 7.1.2006
45 Südkurier vom 7.12.1987

tropische Hölzer verzichtet: »Einheimische Stämme sind wieder konkurrenzfähig – Tropenholzgeschäft läuft längst nicht mehr.«[46]

Trotz all dieser Initiativen war jedoch der »schleichende Artentod« (Hanns Werner) bei uns nicht aufzuhalten.[47] Schuld daran war auch, dass die meisten Gärten der einheimischen Tierwelt kaum Lebensgrundlagen boten. Deshalb waren »Fachleute besorgt über immer größere Ausbreitung der Exoten: Thuja im Garten ersetzt Haselnussstrauch nicht – Fremdlinge schaden einheimischer Flora und Fauna«.[48] Hoffnung versprach dagegen ein anderer Bericht: »Kleingärtner stellen chemische Keule ins Museum – Verstärkt macht Brennnesseljauche der Laus den Garaus – Kompost als Dünger.« [49] Am 11. November 1989 bündelte der BUND seine bisherigen Initiativen und veranstaltete den ersten Stockacher Umwelttag mit Verkauf von einheimischen Sträuchern und Vorträgen von Experten über Naturgärten, Streuobstwiesen und das Waldsterben. Die Veranstaltung fand ein großes Publikum, berichtete der »Südkurier«.[50]

Die Umweltschützer – das zeigt der Rückblick auf die 1980er Jahre – waren bisher als unbequeme Mahner aufgetreten. So hatte sich der Bund für Vogelschutz (heute NABU) 1987 vom Gemeinderat den Auftrag zu einer Biotop-Kartierung geben lassen,[51] deren Ergebnis vom Gemeinderat – wohl eher widerwillig – »zur Kenntnis genommen wurde«.[52] Immerhin konnten die Umweltschützer nicht mehr ignoriert werden, die Wichtigkeit ihres Anliegens war nicht zu verkennen, wenn auch anders geartete Interessen sich entgegenstellen mochten. 1989 kam es auch zu einer öffentlichen Diskussion zwischen dem BUND, Bürgermeister Ziwey und Gemeinderäten mit dem Thema: »Natur hat Vorfahrt – auch in Stockach?«[53]

Nachdem man erkannt hatte, welche Gefahren für die schützende Ozonschicht in der Atmosphäre von FCKW ausgingen – das Ozonloch über den Polen nahm immer bedrohlichere Ausmaße an –, wurde 1989 die separate Entsorgung von Kühlschränken eingeführt. 1992 war auch FCKW in Spraydosen »aus fast allen Stockacher Ladenregalen verschwunden«.[54] Dagegen machte Gymnasiallehrer Franz Merklinger auf die Gefährlichkeit von Ozon als Folge des sommerlichen Autoverkehrs aufmerksam.

Natur- und Umweltschutz seit den 1990er Jahren

Problematisch wurde es, wenn die Interessen des Umweltschutzes mit denen der Wirtschaft kollidierten. 1988 formierte sich Widerstand der Bürger von Hoppetenzell und Zizenhausen gegen die Pläne des Kiesabbau-Unternehmens Kuhn, weitere Kieslager abzubauen. Hier gelang eine einvernehmliche, umweltschonende Lösung, die

46 Südkurier vom 14.3.1989
47 Südkurier vom 15.2.1989
48 Südkurier vom 1.8.1989
49 Südkurier vom 22.9.1989
50 Südkurier vom 13.11.1989
51 StA Stockach, RP 26.8.1987
52 Südkurier vom 17.1.1989
53 Südkurier vom 20.9.1989
54 Südkurier vom 7.3.1992

die Lärm- und Verkehrsbelastung reduzierte. Auch bewies Kuhn, dass eine Renaturierung der Abbauflächen neue wertvolle Biotope schaffen konnte. 1990 bildete sich eine Bürgerinitiative gegen die Pläne des Kieswerks Hardt, das »Eichle« bei Wahlwies abzubauen. Die von den Naturschützern erstrittene Umweltverträglichkeitsstudie kam jedoch zu dem Ergebnis: »Der Kiesabbau im ›Eichle‹ ist vertretbar«.[55] Erfolgreich war eine Bürgerinitiative gegen die Pläne zum Bau einer Thermoselect-Müllverbrennungsanlage in Schwackenreute im Jahre 1990.

Unbeliebt machten sich die Umweltschützer, als 1990 nach einer belasteten Salatprobe Dioxin-Alarm gegeben wurde. Nach gründlichen Untersuchungen seitens der Behörden zeigte sich der Gemeinderat jedoch »fest überzeugt: Von der Metallwarenfabrik geht keine Dioxin-Gefährdung aus«. Andererseits war das Ergebnis des »Dauerbrenners Dioxin«: »Die Metallwarenfabrik Stockach muss ihre Emissionen innerhalb Jahresfrist um mehr als die Hälfte herunterschrauben als Erfüllung neuer behördlicher Auflagen.«[56] Diese Auflagen wurden auch eingehalten, denn 1992 waren die Abgaswerte »absolut korrekt«.[57] Bis 1996 gelang es der Metallwarenfabrik, durch Einbau einer mehrstufigen Abgaswaschanlage neue Maßstäbe bezüglich Abluft und Abwasser in Europa zu setzen, wodurch die gesetzlichen Grenzwerte – auch für die Immission von Staub – stark unterschritten wurden.[58]

Der Plan, in Stockach ein unabhängiges Umweltzentrum (UZ) zu schaffen, stieß bei Stadtverwaltung und Gemeinderat zunächst auf erhebliche Ressentiments. Bürgermeister Ziwey äußerte sich »skeptisch, aber wohlwollend«.[59] Zwar sollte das UZ mit einer ABM-Stelle besetzt werden, d. h. zwei Jahre lang weitgehend vom Arbeitsamt bezahlt werden, doch fürchtete man die Folgekosten. So lehnte der Gemeinderat mehrheitlich eine Beteiligung am UZ ab. Dennoch kam das Projekt ab 1. April 1992 zustande, weil ein Förderverein stützend zur Seite trat: »Das Umweltzentrum darf nicht sterben«.[60] Der erste Leiter, Dr. Thomas Esche, bewies mit Ozonmessungen den Nutzen eines Umweltzentrums für eine breite Öffentlichkeit. Außerdem war er bemüht, durch Umweltverträglichkeitsgutachten Geld in die Kasse zu bringen, um so seine Beschäftigung finanziell abzusichern.

Nach einem Jahr des Überlebenskampfs ergab sich 1993 eine sichere Grundlage für die Weiterarbeit: Das UZ wurde seitens der Stadt mit der Müllberatung beauftragt.[61] Voller Genugtuung stellte der Förderverein fest, dass das UZ »nicht sang- und klanglos eingegangen« war.[62] Tatsächlich erforderte die ab 1993 vorgeschriebene Mülltrennung einen erheblichen Informationsbedarf für die Bürger. Während 1989 erstmals Müllcontainer für Glas und Papier an 30 Sammelstellen im gesamten Stadt-

55 Südkurier vom 11.9.1992
56 Südkurier vom 14. und 15.12.1990
57 Südkurier vom 17.9.1992
58 Südkurier vom 19.3.1996
59 Südkurier vom 29.5.1992
60 Südkurier vom 13.6.1992
61 Südkurier vom 3.4.1993
62 Südkurier vom 19.6.1993

gebiet aufgestellt wurden, was den Sammelaktionen der Vereine nicht abträglich sein sollte, wurde ab 1993 jeder Haushalt mit Biotonne und gelben Säcken zu einer sorgfältigen Mülltrennung zwecks Wiederverwertung verpflichtet – 1997 kam noch die blaue Tonne für Papierabfälle hinzu.

Der 1995 errichtete städtische Wertstoffhof, der von Anfang an gut angenommen wurde, ermöglicht den Bürgern ein umweltgerechtes Recycling von Papier, Glas, Metall- und Elektroschrott, Aluminium und Styropor. Einige Zahlen sollen die Entwicklung belegen: Der erfasste Metallschrott stieg von 22 Tonnen 1997 auf 49 Tonnen 2002, der Elektroschrott von 12,4 Tonnen 1997 auf 18,4 Tonnen 2002 und die Zahl der entsorgten Bildschirme von 455 auf 774 im gleichen Zeitraum. Die Menge des in Stockach gesammelten Restmülls sank entsprechend von 5000 Tonnen 1992 auf 1500 Tonnen 2002 oder 96 Kilogramm pro Bürger.

Das Umweltzentrum hat sich dank des Engagements seiner Leiterinnen Michaela Klüver-Spreng (1995–99), Annette Müller (1999–2001) und Sabrina Molkenthin (ab 2001) einen sehr guten Namen gemacht und ist aus Stockach nicht mehr fort zu denken. »Das zarte Pflänzlein des Umweltschutzes wächst in Stockach rasant zu einem stattlichen Baum heran. In den wenigen Jahren, seit das Umweltzentrum in der Stadt wirkt, wurde schon Erhebliches erreicht«, staunte der »Südkurier« am 30. Juni 1998. Die Aktivitäten des UZ haben auch überregional Anerkennung gefunden; besonders ist hier das landesweit einzigartige Quellprojekt zu nennen, das die Aufgabe hatte, »Quellbiotope im Einzugsbereich der Stockacher Aach« zu erforschen, wobei nicht weniger als 897 Quellen entdeckt wurden.

Landrat Dr. Robert Maus würdigte das Stockacher Umweltzentrum anlässlich der Verleihung des Umweltpreises im April 1995 als »vorbildliche Initiative von engagierten Bürgerinnen und Bürgern«.[63] 1998 erhielt das UZ sogar eine internationale Anerkennung mit dem Preis der Regierungschefs der Alpenländer für dieses Projekt. Inzwischen dienen die im Frühjahr 2000 auf Initiative des UZ von der Stadt ausgeschilderten Quell-Erlebniswege, die rund um Stockach zu unterschiedlichen Quelltypen (Sturz- und Sickerquelle) führen, sowohl den Freizeit- und Bildungsinteressen der Einheimischen wie der Touristen. Neben Schau- und Hinweistafeln werden regelmäßig Führungen angeboten, um Einheimischen und Gästen weitere Hintergrundinformationen zur Tier- und Pflanzenwelt des einzigartigen Lebensraums Quelle zu geben.

Inzwischen hat der Gemeinderat auch einen Gewässerentwicklungsplan beschlossen, dessen erstes Ergebnis die Renaturierung des Brielbachs in Raithaslach ist. Dieser war im Ortsbereich von Raithaslach auf einer Strecke von 120 m verdolt. Im Zuge der Baumaßnahmen wurde ein neues naturnahes Bachbett mit Retentionsflächen geschaffen. Durch die Pflanzung von über 800 Gehölzen soll sich eine ökologisch wertvolle Gehölzzone entwickeln. Diese Neugestaltung kostete ca. 180 000 €.

Die 1999 gestartete Agenda 21 hat – in Zusammenarbeit mit dem Umweltzentrum – dem Umweltgedanken neue Stoßkraft verliehen, da die Stadtverwaltung ihre Bereitschaft bekundet hat, Vorschläge, die auf Nachhaltigkeit abzielen, in der Stadt

63 Südkurier vom 18.10.1997

umzusetzen. 2001 wurde die Aktion »Bürger pflanzen Bäume« als Projekt der Lokalen Agenda 21 gestartet. Rund 360 Vorschläge, wo Bäume im Stadtbild fehlen, wurden eingereicht. Das Projekt mit Kosten von 9000 € förderte die Stiftung Naturschutz des Ministeriums Ländlicher Raum. Neben Einzelbäumen wurden in Wahlwies, Winterspüren und Zizenhausen straßenbegleitende Baumreihen gepflanzt. Weitere Pflanzaktionen sind geplant. Zwischen 1995 und 2003 pflanzte man etwa 920 Bäume, davon 460 in der Kernstadt. Dabei wurden möglichst einheimische Sorten bevorzugt. Dies geschah in der Erkenntnis, dass Bäume und Gehölze an Straßen und Plätzen einen wesentlichen Einfluss auf das Stadtklima haben und Vögeln und Insekten als Nahrungs-, Nutz- und Schutzräume dienen.

Seit 2000 gibt es rund um Stockach die ausgeschilderten Quell-Erlebniswege zu unterschiedlichsten Quelltpyen (Foto: Verfasser)

Dem Erhalt der Streuobstwiesen, die unsere Kulturlandschaft prägen, gilt besondere Aufmerksamkeit. Auf Anregung des BLHV hat die Stadt ein Förderprogramm zur Anpflanzung von Obsthochstämmen beschlossen und mit Unterstützung der Firma Dreher bis November 2000 fast 500 Obstbäume kostenlos abgegeben. Besonders lehrreich ist der Besuch des Streuobstlehrpfads, der zwischen Stockach-Loreto und Airach angelegt wurde. Auf einer Strecke von 3,5 km kann man hier 70 verschiedene Obstsorten kennen lernen, wobei ein Bestand von 80 Bäumen durch 50 Neupflanzungen ergänzt wurde. Dabei wurden insbesondere alte, für diese Region typische Sorten – wie beispielsweise der Salemer Klosterapfel – gepflanzt und somit vor dem Verschwinden bewahrt. Eine größere Zahl von Bürgern hat sich als Baumpaten an dieser Aktion beteiligt.

2007 wurden die Toteislöcher – die Zeugen der Eiszeit rund um Stockach – zu neuem Leben erweckt, indem die stark verlandeten Gewässer ausgebaggert wurden. Die Ufer wurden entbuscht und der angrenzende Wald ausgelichtet. Ein wertvoller Lebensraum für Libellen und andere Insekten, viele Amphibien, Enten, den Schwarzstorch, für die Gelbe Schwertlilie und das Pfeilkraut konnte somit bewahrt werden.[64]

Naturschutz und Freizeitwert sollen beim Stockacher Eisweiher-Projekt unter einen Hut gebracht werden. In einem ersten Bauabschnitt wird unter anderem eine Rinne durch den Weiher ausgehoben, damit das Wasser besser fließen kann. An den

64 Flyer des Umweltzentrums Stockach »Totes Eis – lebendiges Wasser«

Kosten von 158 000 € beteiligt sich die Sielmann-Stiftung mit 100 000 €. In einem zweiten Bauabschnitt soll der Zufluss zum Weiher verändert werden. Der Eisweiher, ein Projekt im Rahmen des Biotop-Verbundes Bodensee, soll aber auch Naherholungsgebiet bleiben mit Wanderwegen um den Weiher und Ruhebänken. Auch Schlittschuhfahren wird möglich sein.[65]

Im September 1991 wurde mit der Erweiterung und Modernisierung der Kläranlage des Abwasserverbandes Stockacher Aach ein Großprojekt zur Verbesserung der Wasserqualität des Bodensees begonnen. Die 1971 fertiggestellte Kläranlage (siehe oben) sollte »konkurrenzlos modern« und als erste Abwasseraufbereitungsanlage mit einer Filtrieranlage ausgestattet werden.[66] Im Juni 1995 konnte die umfassend sanierte Kläranlage, deren Kosten von 31 Millionen DM zu 70 % vom Land getragen wurden, eingeweiht werden. »Wir haben Reinigungswerte, die zu den besten im Land Baden-Württemberg gehören«, verkündete Bürgermeister Stolz voller Genugtuung.[67] Der Umweltbericht der Stadt Stockach von 2003 bestätigt die positive Entwicklung: »Mit dieser Kläranlage werden die bestehenden Bodenseerichtlinien zur Reinhaltung des Trinkwasserspeichers Bodensee eingehalten und umgesetzt. Weitestgehende Nährstoffelimination, das heißt stabile Entnahme von Stickstoff und Phosphor waren das Ziel und sind seither gewährleistet.« Der Abbaugrad von Phosphor beträgt 93 %, von CSB 92 % und von Stickstoff 46 % bei einer Abwassermenge von etwas über 6 Millionen m³.

Das nächste Problem, das zu lösen war, war die Behandlung des Klärschlamms, der bisher auf den Feldern in der näheren Umgebung von Stockach ausgebracht wurde. Angesichts der Verschärfung des Bodenschutzes waren viele Landwirte ab 2000 dazu nicht mehr bereit. Deshalb entschloss man sich zur Verbrennung des Klärschlamms in dafür zugelassenen Verbrennungsanlagen. Durch den Einsatz einer solaren Klärschlammtrocknungsanlage, die nach dem von der Universität Hohenheim entwickelten Thermo-System-Verfahren für ca. 2 Millionen € errichtet wurde, kann die Masse des Klärschlamms stark reduziert werden. Dabei wird der nasse Klärschlamm auf dem Boden der Trocknungshalle ausgebreitet und von einem vollautomatischen Roboter, dem »elektrischen Schwein«, gewendet und belüftet. Von den ursprünglich 75 % Wasseranteil bleibt nach der Trocknung nur noch ein kleiner Rest, womit auch die Transportkosten entsprechend verringert werden. »Die thermische Verwertung des solar getrockneten Klärschlammes im Kraftwerk besitzt eine positive Energiebilanz. Der Heizwert von getrocknetem Klärschlamm ist etwa mit dem der Braunkohle vergleichbar. So wird mit jedem Kilogramm Schlamm fossiler Brennstoff eingespart und die Umwelt entlastet.«[68]

Weitere Millionen DM wurden in den Bau von Regenüberlaufbecken investiert. »Abwasser schluckt Millionen«, machte der »Südkurier« am 14. Februar 1992 seinen Lesern die Kosten des Umweltschutzes klar. Als erstes war das Regenüberlaufbecken in der »Kniebreche« 1989/90 gebaut worden. Um die hohen Kosten für den Bau und

65 Südkurier vom 14.3.2008
66 Südkurier vom 17.9.1991
67 Südkurier vom 12.6.1995
68 www.Stockach.de/Abwasserverband

Der Streuobst-Lehrpfad zwischen Stockach-Loreto und Airach, angelegt 2000 (Foto: Verfasser)

die Unterhaltung von weiteren Regenrückhaltebecken zu sparen und dennoch sicherzustellen, dass Gewässer nicht durch die Einleitung von unbehandeltem Abwasser belastet werden, kommt seit 1996 in Stockach eine innovative Technik, die vom Ingenieurbüro Güthler entwickelte »HydrOstyx-Abflussbremse«, zum Einsatz. Diese Bremse, die bei trockenem Wetter das Abwasser ungehindert abfließen lässt, staut bei starkem Regen das Abwasser und nutzt so das Volumen der vorhandenen Kanäle ohne großen technischen Aufwand als Stauraum. Nach Abklingen der Regenfälle wird das angestaute Abwasser kontinuierlich der Kläranlage zugeführt und dort gereinigt. Beim Einsatz dieser Technik, die von der Fachhochschule Konstanz wissenschaftlich begleitet wird, hat die Stadt Stockach eine Vorreiterrolle übernommen. Welch hoher Stellenwert dieser Technik beigemessen wird, beweist die finanzielle Förderung durch die EU und die Bundesstiftung Umweltschutz. Dieses Verfahren hat inzwischen auch Interesse bei anderen Kommunen in Baden-Württemberg, Bayern und Österreich gefunden.

Neue Wege zu einem umweltverträglicheren Straßenbau ging man beim Bau der B 31 neu zwischen Stockach und Überlingen. Um den Eingriff in die Natur möglichst schonend zu gestalten, wurden mit erheblichem finanziellen Aufwand im Bereich von stark genutzten Wildwechseln fünf Grünbrücken über die Straße gebaut. »Heute wissen wir, dass sich die Grünbrücken bewährt haben«, drückte Umweltminister Hermann Schaufler seine Genugtuung aus über das Pilotprojekt, das zu Anfragen aus vielen Ländern geführt hatte.[69]

Da das Fahrradfahren seit Ende der 1980er Jahre immer beliebter geworden war, musste aus Gründen der Verkehrssicherheit der Bau von Radwegen vorangetrieben werden. Ermöglicht wurde dies durch den »Generalradwegeplan« des Landkreises, für den die Gemeinden ihre Wünsche anmelden konnten, sowie durch die Bereit-

69 Südkurier vom 4.6.1998

stellung entsprechender finanzieller Mittel.[70] Die Radwege von Stockach nach Wahlwies (1988), nach Nenzingen und nach Espasingen (1991), der Radweg nach Winterspüren (1995) und weiter nach Mahlspüren (1996) und Seelfingen, für den sich auch eine Bürgerinitiative stark gemacht hatte, dienen sowohl der Jugend als auch dem Freizeitbedürfnis der Erwachsenen. Dagegen ist die Forderung nach einem Radweg von Stockach nach Ludwigshafen erst 2003 erfüllt worden.

Seit 1992 findet man auf einigen Stockacher Dächern Sonnenkollektoren. »Von Mai bis November sorgt die thermische Anlage für warmes Wasser und mehr«.[71] Erster Pionier der Sonnenenergie war allerdings Siegfried Pauling gewesen, der auf seinem Haus im Haydnweg schon 1977 eine Solaranlage installiert hatte.[72] Seit 1993 wird auch das Wasser im Stockacher Freibad mit Sonnenenergie erwärmt.[73] Der Energieeinsparung dienen auch die Blockheizkraftwerke in der Realschule für Hallenbad und Schulen und im Evangelischen Altenpflegeheim.

In den letzten Jahren erst ist der Klimaschutz als zentrale Aufgabe des Umweltschutzes in das öffentliche Bewusstsein getreten. Seit 1997 erstellt die Stadt Stockach in meist dreijährigem Abstand einen Energiebericht, zuletzt 2006 für das Jahr 2005. Dieser kommt zu dem erfreulichen Ergebnis, dass das anvisierte Ziel, den CO_2-Ausstoß bei den städtischen Liegenschaften bis 2010 um 25 % gegenüber 1996 zu senken, bereits 2005 erreicht, ja mit 37 % sogar erheblich übertroffen wurde. Damit wurde auch der relative Energieverbrauch um 22 % gesenkt. Erreicht wurde dies durch energieoptimierte Planung bei Neubauten, konsequente Wärmedämmung bei Umbauten wie dem Gymnasium und zuletzt im Rathaus, durch den Einsatz moderner Heiztechnik und verstärkten Einsatz von Erdgas, aber auch durch energiebewusstes Verhalten der Mitarbeiter. Angesichts der steigenden Energiepreise hat der sparsame Umgang mit Energie zu einer spürbaren Entlastung des städtischen Haushalts geführt. Schließlich wurde auch der Wasserverbrauch enorm gesenkt, und zwar um 49 %, da Fehler im Leitungsnetz – wie etwa Rohrbrüche – durch permanente Überprüfung rechtzeitig erkannt wurden. Die Kosteneinsparung für Energie und Wasser betrug 2005 im städtischen Haushalt beachtliche 192564 €.

Das, was hier am Beispiel Stockachs exemplarisch gezeigt wurde, lässt sich gewiss in vielem auf unsere Region oder sogar das ganze Land ausweiten. Es ist wohl unbestritten, dass Natur- und Umweltschutz immer wichtiger für unser Leben geworden sind. Nur wenn wir verantwortungsbewusst mit der Natur umgehen, erhalten wir die Lebensgrundlagen und die Lebensqualität für uns und unsere Kinder. Gefragt ist auch weiterhin das Engagement der Bürger, damit die Kosten für den Schutz unserer Umwelt und des Klimas, für die Reinhaltung von Luft, Wasser und Boden nicht ins Unermessliche steigen. Dass ein intelligenter Gebrauch der Technik bei der Lösung vieler Probleme eine Hilfe sein kann, zeigen die vielen Beispiele aus der jüngsten Zeit.

70 StA Stockach, RP 12.10.1988
71 Südkurier vom 3.11.1992
72 Südkurier vom 29.4.1977
73 Südkurier vom 19.5.1993